



## Integration in den USA – Einwanderungsland par excellence

### 1. Die USA – Immigranten Willkommen

Die Vereinigten Staaten sind ohne Frage eines der größten Einwanderungsländer der Welt. In der Tat lebten 2015 ein Fünftel der weltweiten Immigranten in den USA. Das sind knapp 41,3 Millionen außerhalb der USA geborene Menschen, was 13,1 % der gesamten US-Bevölkerung von knapp 319 Millionen ausmacht – ein nie dagewesener Rekord in diesem Land. Ganze 80 Millionen Menschen gehören derzeit zur ersten und zweiten Generation von Immigranten. 2014 betrug die Anzahl der Einbürgerungen 654 949. Die meisten Anträge basierten auf familiären Bindungen. Die Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden betrug 119 630 Menschen. Insgesamt erhielten bis 2013 47 % (19,3 Millionen) der Immigranten die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. In den verbliebenen 53 % (oder 22,1 Millionen) sind legale (Greencard) und illegale Immigranten (geschätzt 11,3 Millionen), sowie Menschen mit befristeten Studenten- und Arbeitsvisa inbegriffen. Zwischen 2012 und 2013 wuchs die Zahl der im Ausland geborenen US-Bevölkerung um 523 000 bzw. 1,3 %. Frauen machten 2013 51 % aller Immigranten aus. Das Durchschnittsalter der in den USA geborenen Bevölkerung liegt bei 35,9 Jahren und ist somit geringer als das von Immigranten, welches 43,1 Jahre beträgt.

Seit ihrer Unabhängigkeitserklärung gab es drei große Einwanderungswellen in die USA: 1) Die nord- und mitteleuropäische Welle (1840–1889) brachte 14,3 Millionen Einwanderer meist aus Deutschland und Irland. Gründe der Auswanderung waren religiöse Verfolgungen, politische Konflikte und die irische Kartoffelfeuche und Hungersnot. Fremdenfeindlichkeit flammte vor allem in Kalifornien auf, wo Menschen Angst um ihre Arbeitsplätze hatten, weil es dort zu einer erhöhten wenn auch

vergleichsweise geringen Einwanderung aus China kam. 2) Die süd- und osteuropäische Welle (1890–1919) zog 18,2 Millionen Einwanderer an. Dieser Welle lagen vor allem religiöse Verfolgungen von Juden in Osteuropa zugrunde. Dazu kamen Menschen aus Südeuropa, die sich bei den nach Westen expandierenden Eisenbahnbetrieben Arbeit erhofften. Wie schon während der ersten Welle erhöhte sich auch in der zweiten Welle die Fremdenfeindlichkeit gegenüber den Neuankömmlingen. Religiöse, politische und rassistische Gründe waren die Ursache, die sich meist gegen jüdische, römisch-katholische und japanische Einwanderer richtete. 3) Mit der dritten, der so genannten Modernen Welle (1965–2015), kamen über 58 Millionen Einwanderer ins Land. In den ersten beiden Wellen dominierten Europäer mit jeweils an die 90 % die Einwanderung. Das änderte sich mit der dritten Welle. Die Immigration findet seit 1965 überwiegend aus Lateinamerika (51 %) und Südostasien (25 %) statt. Aus Europa kamen noch 12 % (vor allem basierend auf die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges) und aus Afrika/Mittlerer Osten kamen ca. 8 %. Insgesamt hat sich die Einwanderung mit der dritten Welle vervierfacht (vgl. 1970: 9,6 Millionen und 2013: 41,3 Millionen) und geographisch verschoben. Die geographische Verschiebung lag auch daran, dass mit dem 1965 verabschiedeten *Immigration and Nationality Act* das Quotensystem basierend auf nationaler Herkunft abgeschafft wurde. Es galt nun das Prioritätensystem, welches sich auf Qualifikation und familiäre Bande zu US-Bürgern konzentrierte. Das Gesetz limitierte die jährliche Visavergabe auf 170 000 Stück (ausgenommen direkte Verwandtschaft). Ein wichtiger Langzeiteffekt war die demographische Verlagerung der Herkunft der Mehrheit der Immigranten, wie z. B. Asien, Lateinamerika, Afrika und der Mittlere Osten.

Das Level an Integration lässt sich auch an der Statistik der Englisch sprechenden Bevölkerung ablesen. Knapp 79 % (234,6 Millionen) der US-Bevölkerung fünf Jahre und älter gaben 2013 an, zu Hause Englisch zu sprechen. Die verbleibenden 21 % (61,7 Millionen) gaben an, zu Hause statt Englisch eine andere Sprache zu sprechen: 62 % sprechen Spanisch, 5 % Chinesisch, 2 % Französisch, u. a. Allerdings muss einschränkend auch gesagt werden, dass 13 % aller ab 2000 angekommenen Immigranten (fünf Jahre und älter) heute gar kein Englisch sprechen. Diese Zahl verringert sich auf nur 6 % der vor 1980 angekommenen Immigranten.

Immigranten der zweiten und dritten Generation stehen den in den USA geborenen Bürgern politisch näher als diese im Vergleich zu den eigenen Urahnen, die vor vier oder mehr Generationen eingewandert sind. Ankommende Immigranten stehen politisch eher links und sehen sich eher als Demokraten. Wobei diese Gruppe bei Präsidentschaftswahlen eine geringe Rolle spielt, da hier die Staatsbürgerschaft Voraussetzung ist und diese erst nach fünf Jahren Greencard beantragt werden kann. Politische Unterschiede zu den in den USA geborenen Bürgern verschwinden meist mit der zweiten und dritten Generation von Immigranten.

## 2. Das Wahlverhalten von Einwanderern und die Sicht der Parteien

Im November 2016 wählen die USA einen neuen Präsidenten oder zum ersten mal in ihrer Geschichte eine Präsidentin. Einwanderer spielen bei den Präsidentschaftswahlen immer eine wichtige Rolle. Seine zweite Amtszeit verdankte George W. Bush den wahlberechtigten Immigranten aus Lateinamerika, für deren Stimmen er schwer geworben hatte und am Ende 44 %, so viele wie nie zuvor für einen Republikaner, auf sich vereinen konnte. Latinos machten in den letzten Wahljahren (seit 2004) knapp 9 % der wahlberechtigten Amerikaner aus. Davon gingen bisher aber nur 6,5 % auch tatsächlich an die Wahlurnen. Dieser zwar geringe Prozentsatz an Latino-Stimmen ist durchaus strategisch über das Land verteilt. Bei einem »winner takes all« Wahlsystem kann sich das in einigen Bundesstaaten bemerkbar machen. In manchen Staaten (z. B. Kalifornien) wird bereits von so genannten »Minderheiten-Mehrheiten« gesprochen, denn Latinos (zusammen mit Afro-Amerikanern, amerikanischen Ureinwohnern, Asiaten und anderen) machen hier die Mehrheit der Bevölkerung aus. Latinos machen ihre Wahlentscheidung in großem Maße von Themen wie z. B. der Einwanderungspolitik abhängig. Gerade die mitunter heiß geführten politischen Debatten um illegale Immigration können das Wahlverhalten beeinflussen. Aktuell sind 66 % der Republikaner, 55 % der Independent (Unabhängige), aber nur 36 % der Demokraten der Meinung, dass die Kontrolle und Reduzierung der illegalen Einwanderung ein sehr wichtiges Ziel der US-Außenpolitik sei. Mehr als doppelt so viele Republikaner (63 %) als Demokraten (29 %) und 46 % der Independent sehen eine große Anzahl an Einwanderern und Flüchtlingen als kritische Gefahr. Der politische Abstand zwischen den beiden großen Parteien hat momentan

Rekordniveau erreicht. Beispielsweise favorisieren acht von zehn Demokraten (77 %) illegalen Immigranten die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Bei den Republikanern sprechen sich dagegen nur 38 % für die Möglichkeit aus, eine Staatsbürgerschaft zu erlangen, während 45 % sagen, dass illegale Immigranten die USA verlassen sollten.

Der aktuelle Wahlkampf nimmt sich in hohem Maße auch dem Thema Immigration an. Der Republikanische Präsidentschaftsanwärter und unter Republikanern Umfragen-Vorreiter, Donald Trump, ein finanzstarker Geschäftsmann ohne politische Erfahrung, sieht neben der Deportation der knapp 11 Millionen illegalen Immigranten in seinem Reformplan auch vor, dass die südliche Grenze zu Mexiko durch eine Mauer undurchlässig gemacht wird. Zahlen soll hierfür Mexiko. Die meisten illegalen Immigranten, die über die Grenze kommen, seien oft »Kriminelle, Drogenhändler, Vergewaltiger« sagte Trump in einem 2015 geführten Interview. Er fordert 25 000 zusätzliche Grenzbeamte, die zur Beobachtung auch mit Drohnen ausgestattet werden sollten. Sollte der Kongress den knapp 11 Millionen illegalen Einwanderern einen Weg zur Staatsbürgerschaft ebnen, wäre dies laut Trump politischer Selbstmord der GOP (Grand Old Party, Republikaner), da sie damit den Demokraten 11 Millionen Wählerstimmen schenken würden. Gemäßigtere Stimmen unter den Republikanischen Präsidentschaftskandidaten haben es derweil schwer Gehör zu finden, denn Trump zieht das Thema kraftvoll nach rechts. Zurzeit verspielen die Republikaner die geringe Gunst unter der größten Bevölkerungsgruppe von Einwanderern, den Latinos. Schon während des Präsidentschaftswahlkampfes 2012 schlug Mitt Romney eine mögliche

»Selbstdeportation« von illegalen Einwanderern vor, was er mit nur 27 % der Latinostimmen quittiert bekam (vgl. dazu G.W.Bushs 44 % 2004). Die beiden Demokratischen Präsidentschaftsanwärter, Senator Bernie Sanders und die ehem. Außenministerin Hillary Clinton, halten sich weitgehend an die Parteilinie, die eine permanente und umfassende Reform vorsieht, die Familien zusam-

menhält, die Grenzen schützt und die Ausbeutung von illegalen Immigranten durch Schwarzarbeit eindämmt. Die Demokraten sehen in ihren Einwanderungsplänen allerdings auch vor, dass illegale Immigranten zugeben müssen, dass sie das Gesetz gebrochen haben, Steuern und eine Strafe zahlen müssen und Englisch lernen bevor sie eine Staatsbürgerschaft beantragen können.

### 3. Die US-Bevölkerung vs. Immigranten

---

Die US-Bevölkerung sieht Immigration keineswegs als eines der Top Probleme des Landes. Dennoch ist es ihnen wichtig und 39 % sagen, sie sorgen sich sehr um das Thema. Immerhin wählen 20 % nur einen Kandidaten/eine Kandidatin, der oder die die eigene Sicht auf Immigration teilt. Ganze 87 % aller Amerikaner favorisieren eine Reform und ein Gesetz, das den bereits in den USA lebenden illegalen Immigranten unter bestimmten Auflagen (Steuern zahlen, Überprüfung des polizeilichen Führungszeugnisses, Englisch lernen) die Möglichkeit gibt, die Staatsbürgerschaft zu erlangen. Im Großen und Ganzen glauben Amerikaner zu 63 % (2015), dass Immigration gut für ihr Land ist. Schon vor der Flüchtlingskrise in Europa hat sich dort die öffentliche Meinung dahingehend geändert, dass Immigration ver-

ringert werden sollte. Zwischen 2012 und 2014 wollten bereits 69 % der britischen Bevölkerung eine Verringerung der Immigration in ihr Land, in Spanien waren es 56 %, in Deutschland 34 %, in Russland 70 % und zum Vergleich in den USA 40 %. Eine erhöhte Einwanderung befürworteten in den USA 23 %. Nur in Saudi Arabien (32 %) und in Australien (30 %) ist die Befürwortung in der Bevölkerung höher. Da die US-Regierung bisher nicht in der Lage war, eine umfassende Immigrationsreform durch den Kongress zu bringen, wird das Thema während der Präsidentschaftswahlen eine zunehmende Rolle spielen. Einen Vorgeschmack darauf, welche Rolle es in den Debatten spielen wird, gab es bereits 2015 durch Donald Trump, der es zum zentralen Thema seines Wahlkampfes gemacht hat.

### 4. Integrationskonzepte, Erfahrungen, Bewertung, Finanzierung

---

Obwohl die USA ein erfahrenes Einwanderungsland sind, gab und gibt es immer wieder Bedenken, inwieweit Immigranten fähig sind, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Integration ist kein einfaches Unterfangen und verlangt viel von den Einwanderern, deren Nachfahren und der Aufnahmegesellschaft und dennoch findet die Integration in den USA mit nur wenigen öffentlichen Mitteln statt. Hier verlässt sich der Staat hauptsächlich auf einen starken Arbeitsmarkt und hochwertige, öffentlich zugängliche Bildung. Eine gelungene Integration kann anhand von fünf Indikatoren nachgewiesen werden: Sprachkenntnisse, sozialwirtschaftliche Leistung, politische Partizipation, Wohnumfeld und soziale Interaktion. Eine komplette Integration nimmt ca. eine Generation in Anspruch. Die Kinder von Immigranten haben im Vergleich zu ihren Eltern meist eine höhere Bildung genossen, einen besser bezahlten Arbeitsplatz bekommen, mehr Vermögen angehäuft und Hauseigentum erworben. Mit der zweiten Generation verringert sich auch

die lokale Segregation, Mischehen kommen häufiger vor und Sprachbarrieren sind abgebaut. Die Unterschiede zwischen den Generationen hängt allerdings auch von der jeweiligen Immigrantengruppe ab. So ist die knapp 11 Millionen starke illegale Einwanderungsgruppe ein enorm wichtiger Faktor, der die gesellschaftliche Bindung untergräbt, da sie weder sozial, wirtschaftlich, noch politisch voll integriert werden können. Aber auch zwischen legalen Immigrantengruppen gibt es starke Integrationsunterschiede. So integrieren sich Latinos nicht so gut wie Immigranten asiatischer, afrikanischer, oder europäischer Herkunft.

Die USA haben historisch kaum Einfluss auf die Integration von Immigranten genommen. Erst mit dem beginnenden 20. Jahrhundert kam eine Amerikanisierungsbewegung auf, die durch die massive Einwanderungswelle aus Süd- und Osteuropa implementiert wurde. Öffentlich und privat geförderte Programme boten verschiedene

Kurse an, z. B. Englisch und Sozial- und Landeskunde, um »Old World« Angewohnheiten loszuwerden und schneller eine einheitliche amerikanische Identität zu erlangen. Heute profitieren nur noch Flüchtlinge und Asylsuchende, die 15 % der Immigranten ausmachen, von verschiedenen Integrationsmaßnahmen des *Office of Refugee Resettlement (ORR)* im *U.S. Department of Health and Human Services*, wie z. B. Zugang zu einem Netz an Regierungsbehörden, finanzielle Unterstützung, medizinische Hilfe, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Schulungen, Englischkurse, sowie psychologische Hilfe für Folteropfer. Die anderen 85 % sind angehalten sich selber durch ihren Job und öffentliche Bildung zu integrieren. Sie können z. B. ihr Wohnumfeld verbessern, dem Militär beitreten, die Universität besuchen, sich

zivilgesellschaftlich engagieren usw., alles Möglichkeiten mit verschiedensten Menschen und Gruppen der Gesellschaft zu interagieren, was wiederum Hürden verringern kann, die durch Herkunft, Klasse und Religion entstehen können.

Bisher lief die Integration von Immigranten mit dieser auch *laissez faire* genannten Methode relativ erfolgreich. Doch die schlecht ausgestatteten und unterfinanzierten öffentlichen Bildungseinrichtungen, die reformbedürftige Immigrationspolitik und die wirtschaftliche Rezession der letzten Jahre standen und stehen einem reibungslosen Fortfahren dieses eher locker gehaltenen Integrationsmodells entgegen.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

#### Über den Autor

**Michael Czogalla** ist Programmkoordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington, wo er die Programme zur Außen- und Sicherheitspolitik leitet.

ISBN 978-3-95861-414-7